



Bundeskanzler Werner Faymann (l.) hatte am Wahlabend nur teilweise Grund zum Jubeln.

Österreich bleibt anders

Nach den Nationalratswahlen am 29. September deutet in Österreich alles auf eine Fortsetzung der **ROT-SCHWARZEN KOALITION** hin. Nicht viel Neues in Wien, könnte man meinen. Doch der erste Eindruck täuscht. Eine Analyse.

VON PETER KÖPPL

Eine Woche nach den Bundestagswahlen hat Österreich seinen neuen Nationalrat gewählt. Auf den ersten Blick scheint alles beim Alten geblieben zu sein in Wien. Die Bundesregierung wird aller Voraussicht nach wieder aus Sozialdemokratischer Partei (SPÖ) und Österreichischer Volkspartei (ÖVP) bestehen. Noch einmal haben die beiden Parteien zusammen eine knappe parlamentarische Mehrheit erreicht.

Im Nationalrat wird es auch weiterhin vier Oppositionsparteien geben, wobei Jörg Haiders Erbe, das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), aus dem Parlament flog, während die Neugründung Neos auf Anhieb den Sprung hinein schaffte. Die vom Milliardär Frank Stronach 2012 ins Leben gerufene Partei Team Stronach erhielt durch den Wechsel einiger Abgeordneter bereits letztes Jahr Fraktionsstatus im Parlament und konnte bei den Wahlen am 29. September 2013 reüssieren.

Doch der erste Blick täuscht gewaltig. Gab es historisch mit SPÖ und ÖVP zwei

Großparteien in Österreich, dann sind es ab sofort drei Mittelparteien, die recht knapp beisammen liegen: SPÖ (26,9 Prozent, minus 2,4 Prozent), ÖVP (24 Prozent, minus 2 Prozent) und Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ; 20,6 Prozent, plus 3 Prozent).

Ein letztes Mal Rot-Schwarz?

Kurz gesagt: Der stete Abstieg von SPÖ und ÖVP setzt sich weiter fort, während die FPÖ erneut an Stimmen gewonnen hat. Die Grünen, die bei Landtagswahlen 2012 und 2013 sehr erfolgreich waren und bereits in fünf von neun Landesregierungen vertreten sind, rechneten mit einem großen Erfolg, gewannen aber gerade mal 1,9 Prozent hinzu und kamen auf 12,3 Prozent. Das Team Stronach kam auf 5,7 Prozent und die Neos auf 4,9 Prozent. Eine knappe Mandatsmehrheit im Parlament ermöglicht dennoch die Neuaufgabe einer rot-schwarzen Koalition. Ein letztes Mal, wie viele Beobachter der österreichischen Polit-Szene meinen. In fünf Jahren sei damit nicht mehr zu rechnen.

Werfen wir einen Blick auf potenzielle Bündnisse. Die Mehrheit der Wähler ist dem Sammellager rechts der Mitte zuzuordnen – wobei diese Kategorisierung in Österreich durchaus problematisch ist. Seit 1986 prägt eine rechte Stimmen-Mehrheit das Land. Diese Mehrheit wurde durch

Ergebnis der Nationalratswahlen 2013

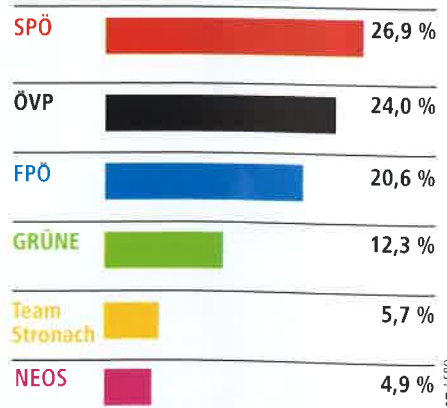


Foto: flickr.com / SPÖ

den damaligen ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel in einer Koalition mit der FPÖ 1999 und 2002 an die Macht gebracht. Allerdings ist dieses Intermezzo bereits wieder Geschichte. Theoretisch wäre heute eine Regierungskoalition aus ÖVP, FPÖ und Team Stronach möglich. Die Chancen auf Realisierung sind jedoch marginal.

Der Wahlkampf 2013 verlief ohne nennenswerte Höhepunkte – sieht man von einigen irritierenden Momenten ab. So plakatierten etwa die Grünen österreichweit, man solle sie wählen, da sie „weniger belämmert“ als die anderen Parteien seien.

Und Frank Stronach entzog sich bei seinen TV-Auftritten jedweder Medien-

Für manche Beobachter ob der Nähe zum Katholizismus eine verstörende Aussage jener Partei, die vor allem gegen den Newcomer Team Stronach zu kämpfen hatte. Die Motivforschung am Wahltag zeigte allerdings, dass dieser Slogan viele Wähler angesprochen hatte. Österreich bleibt eben anders.

Das Resultat der Nationalratswahl 2008 ähnelt übrigens in der Struktur dem Ergebnis von 2013. 2008 versprachen die – damals ebenfalls – geschwächten Parteien SPÖ und ÖVP inhaltliche Erneuerung. Beide Parteien waren sich einig: So könne es nicht weitergehen. Das Wahlergebnis 2013 wurde von SPÖ und ÖVP beinahe wortidentisch interpretiert.

Rechtspopulisten im Aufwind

Erkennbare Erneuerung hat es in den vergangenen fünf Jahren aber bei keiner der beiden Parteien gegeben. Die Milieueränderungen in der österreichischen Gesellschaft haben SPÖ und ÖVP weitgehend ignoriert. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vize-Kanzler Michael Spindelegger (ÖVP) kamen in den letzten Jahren über die Verwaltung des Landes und die Bekämpfung der Auswirkungen der globalen Finanzkrise nicht hinaus.

Daraus resultiert nicht nur der Aufstieg der Grünen, die heute auf Landesebene mit der SPÖ ebenso wie mit der ÖVP koalieren, sondern auch das kontinuierliche Wachstum der FPÖ, die laut Wählerstrukturanalyse die neue „Arbeiterpartei“ Österreichs ist. Im Sammelbecken der von SPÖ und ÖVP enttäuschten Wähler konnten daher auch die Neulinge Team Stronach und Neos erfolgreich fischen. Das BZÖ wurde Opfer seiner – jungen – Geschichte.

Fazit: Das Bild der österreichischen politischen Landschaft verändert sich konsequent, in kleinen Schritten, mit unklarem Ausgang. Sollte die seit Jahren versprochene Erneuerung von SPÖ und ÖVP wieder nicht umgesetzt werden, scheint bei den nächsten Nationalratswahlen alles auf einen Wahlsieg des Rechtspopulisten Heinz-Christian Strache und seiner FPÖ zu deuten. Was dann, Österreich?



Peter Köppl

ist Managing Director von Mastermind Public Affairs Consulting in Wien.

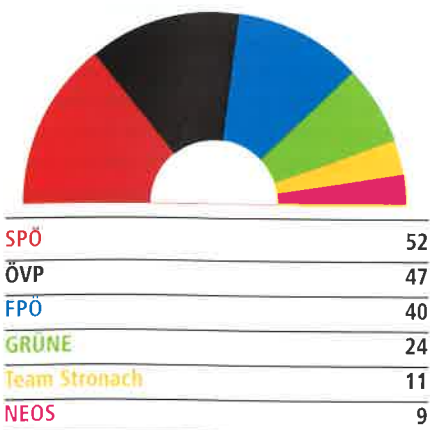


Wahlplakate in Österreich: Von irritierend (Grüne) über verstörend (FPÖ) bis pink (Neos).

Im Gegencheck: Das Sammelager links der Mitte, also SPÖ, Grüne und KPÖ, kommt gerade mal auf 40 Prozent. Wobei es die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) nicht ins Parlament schaffte und die Grünen österreichweit auch nicht konstant als „links der Mitte“ zu kategorisieren sind.

Zwei Details des Wahlergebnisses sind darüber hinaus bemerkenswert: Im Bundesland Steiermark, das von einer SPÖ-ÖVP-Koalition regiert wird, wurde die FPÖ stimmenstärkste Partei. Und im Parlament sind mit FPÖ und Team Stronach zusammen rund 25 Prozent erklärte EU-Kritiker vertreten.

Mandatsverteilung im Nationalrat



Logik. Hängen blieb sein Verhöhnern von Diskussions-Gegnern und Journalisten sowie sein lautes Nachdenken über die Einführung der Todesstrafe in Österreich. Wohl etwas zu spät sagte er alle weiteren TV-Konfrontationen ab. Der Sinkflug des Team Stronach begann rund zehn Tage vor der Wahl.

Die von der deutschen Agentur Butter unterstützte ÖVP stellte forsch den Kanzleranspruch – der in Umfragen allerdings nie in Reichweite war – und musste händelringend parteiinterne Stimmen, die Österreich als abgewirtschaftet titulierten, zum Schweigen bringen. Für die politischen Mitbewerber war diese Aussage der ÖVP, die immerhin seit Jahren den Wirtschaftsminister stellt, mehr als ein gefundenes Fressen. Kapital schlagen konnte aus diesem Fauxpas allerdings niemand.

Die SPÖ gab sich wortkarg als Beschützerin von „Pensionen“, „leistbarem Wohnen“ und „Arbeitsplätzen“, und der wahlwerbende Bundeskanzler Werner Faymann versprach, Österreich „mit sicherer Hand“ in die Zukunft führen zu wollen. Das BZÖ setzte – letztlich erfolglos – einzig auf seinen Spitzenkandidaten Josef Bucher und seine Wirtschaftskompetenz, und die Neos im Wahlverbund mit dem Liberalen Forum konzentrierten alles auf die Farbe Pink und „neue, erfrischende“ liberale Ideen.

Weniger aggressiv als in den Jahren davor hatte sich die FPÖ mit dem zentralen Slogan „Nächstenliebe“ aufgestellt.